

PRESSEINFORMATION 61/2026

Wirtschaft unterstützt grundsätzlich Schulpläne des Landes zur Smartphonennutzung BWIHK-Stimmungsbild: Klare Handyregeln können nötige Kompetenzen für Ausbildung und Beruf stärken

Stuttgart, 14. Oktober 2026 – Die baden-württembergische Wirtschaft unterstützt die Pläne der Landesregierung für verbindliche Regeln zur privaten Handynutzung an Schulen. Ein aktuelles Stimmungsbild der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern unter mehr als 1.100 teilnehmenden Betrieben zeigt: Unternehmen erwarten von klaren Vorgaben vor allem positive Effekte auf jene Kompetenzen, die für einen erfolgreichen Einstieg in Ausbildung und Beruf entscheidend sind.

„Unternehmen wünschen sich junge Menschen, die sich konzentrieren können, zuverlässig arbeiten und im direkten Austausch mit anderen sicher auftreten. Aus den Betrieben hören wir, dass viele junge Menschen dies nicht mehr können. Viele Unternehmen sehen deshalb in klaren Regeln zur Handynutzung an Schulen die Chance, genau diese Fähigkeiten zu stärken“, sagt Andrea Bosch, Leiterin der Abteilung Berufliche Bildung und Fachkräfte der IHK Region Stuttgart. Die IHK ist im Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) für die berufliche Ausbildung federführend.

Positive Wirkung erwartet

Knapp drei Viertel der Befragten (73,5 Prozent) erwarten durch eine Einschränkung der privaten Handynutzung eine eher oder deutlich positive Wirkung auf die Berufsstartkompetenzen junger Menschen. Nur 4,2 Prozent rechnen mit negativen Auswirkungen. Gleichzeitig sehen 79,9 Prozent die Chance, dass die Schülerinnen und Schüler weniger abgelenkt sind und den Unterricht weniger stören. 76,9 Prozent gehen davon aus, dass die Jugendlichen sich besser konzentrieren können und knapp 69 Prozent erwarten zudem mehr persönliche Kommunikation und soziale Interaktion unter den Schülerinnen und Schülern. „Baden-Württemberg braucht junge Menschen, die fachlich gut vorbereitet sind und zugleich über die sozialen und persönlichen Kompetenzen verfügen, die in Ausbildung und Beruf gefragt sind. Mehr Konzentration im Unterricht und direkterer Austausch untereinander können dazu einen wichtigen Beitrag leisten“, betont Andrea Bosch.

Digitale Bildung darf nicht leiden

Besonderen Wert legt die IHK-Organisation darauf, dass die pädagogische Nutzung digitaler

Geräte weiterhin möglich bleibt. Die digitale Arbeitswelt erfordere Medienkompetenz und einen souveränen Umgang mit digitalen Werkzeugen. „Digitale Kompetenzen sind heute in nahezu allen Berufen unverzichtbar. Deshalb darf der pädagogische Nutzen digitaler Endgeräte nicht verloren gehen. Klare Regeln für die private Nutzung und moderne digitale Bildung müssen miteinander vereinbar sein“, so Bosch.

Erfolgsfaktor: praxistaugliche Realisierung

Die Wirtschaft findet es grundsätzlich gut, dass die Landesregierung einen landesweit einheitlichen Rahmen schaffen will. Einheitliche Regeln bringen Klarheit und Verlässlichkeit. Das Stimmungsbild zeigt jedoch auch, dass viele Unternehmen eine etwas flexiblere Ausgestaltung bevorzugen. Während die Landesregierung ein Verbot der privaten Nutzung während des gesamten Schultages einschließlich der Pausen plant, favorisiert die größte Gruppe der Befragten ein Verbot nur während des Unterrichts (40,5 Prozent). Nur 27 Prozent befürworten ein vollständiges Verbot inklusive der Pausen.

Umsetzung bereitet Sorgen

Die größten Herausforderungen sehen die Befragten bei der praktischen Umsetzung der geplanten Regelungen. Mehr als die Hälfte (52,7 Prozent) erwartet Schwierigkeiten bei Kontrolle und Durchsetzung. 38,8 Prozent nennen Haftungs- und Verantwortungsfragen beim Verwahren von Geräten, 38,1 Prozent rechnen mit zusätzlichem organisatorischem Aufwand für Schulen und Lehrkräfte. „Die Wirtschaft unterstützt die grundsätzliche Richtung. Damit die Regelungen Akzeptanz finden, müssen sie im Schulalltag gut umsetzbar sein. Schulen dürfen nicht mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand belastet werden. Klare Handyregeln können durchaus einen wichtigen Beitrag leisten, die Kompetenzen junger Menschen für Ausbildung und Beruf zu stärken“, betont Bosch abschließend.

Ansprechpartnerin für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Ausbildung
IHK Region Stuttgart
Sybille Wolff
Telefon 0711 2005-1344
E-Mail: sybille.wolff@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.